افغانستان آزاد _ آزاد افغانستان

AA-AA

بدین بوم و بر زنده یک تن مسباد از آن به که کشور به نشمن دهیم چو کشور نباشد تن من مبساد همه سر به سر تن به کشتن دهیم

www.afgazad.com afgazad@gmail.com European Languages زبانهای اروپائی

Ausgabe vom 30.12.2017

Von Karin Leukefeld, Beirut 01.01.2018

Vereint für Jerusalem

Libanon zwischen den Jahren: Die Ablehnung von Trumps Israel-Politik versöhnt bisher verfeindete Lager



Protestdemonstration gegen die Israel-Politik der USA am 15. Dezember in Beirut

Foto: Bilal Hussein/AP Photo/dpa

Landeanflug auf Beirut. Das Küstengebirge ist schneebedeckt, wenige Schiffe kreuzen im östlichen Mittelmeer. Der Smog über der libanesischen Hauptstadt wird von der Abendsonne rotgolden angestrahlt. Durch die engen Straßen ziehen sich wie Leuchtbänder

die weißen und roten Front- und Rücklampen unzähliger Autos, der abendliche Verkehrsstau hat Beirut fest im Griff.

Vorbei geht es am Fischerhafen Usai, dessen kleine Häuser in allen Farben des Regenbogens angemalt sind, dann setzt die Maschine auf der Landebahn des Internationalen Flughafens Rafik Hariri auf. Während das Flugzeug langsam zum Terminal rollt, wird in der Maschine über die Monitore ein altes und sehr bekanntes Lied der Sängerin Fairuz gespielt: »Oh Al-Kuds, Jerusalem, Stadt des Gebets ...« Fast verblichene, schwarzweiße Bilder des alten Jerusalem flimmern über die Bildschirme. Still bleiben die Fahrgäste sitzen, blicken von ihren Handys auf, die sie voller Ungeduld schon wieder eingeschaltet hatten. Das Lied von Fairuz ist für viele Araber wie eine Hymne auf sich selbst, auf die eigene Geschichte. Es erinnert an eine Zeit, als es zwischen Beirut und Jerusalem keine Grenze, sondern eine Straße gab, über die Händler, Freunde, Familien und Studierende ohne Hindernis zu Fuß, zu Pferd und später mit Bussen oder Autos hinund herreisen konnten.

Die provozierende Äußerung von US-Präsident Donald Trump, dass Jerusalem die Hauptstadt Israels sei und Washington seine Botschaft dorthin verlegen werde – wie es ein US-Gesetz seit 1995 vorsieht –, bringt selbst die libanesische Fluglinie auf. Das Lied von Fairuz übermittelt eine eindeutige Botschaft: Jerusalem mit seinen Tempeln, Kirchen und Moscheen ist Heimat aller Gläubigen, die Stadt der Gebete aller Menschen, die dort und in der Region leben. Jerusalem gehört nicht einem Volk, das beansprucht, dafür andere vertreiben, drangsalieren und deren Land besetzen zu können – selbst wenn ein US-Präsident meint, das sei in Ordnung.

Trotz der erheblichen Distanz gegenüber der US-Politik im Mittleren Osten lebten heute viele Libanesen in den USA, räumt die Historikerin Sofia Saadeh im Gespräch mit *junge Welt* ein. Das habe nahezu ausschließlich ökonomische Gründe. Als Grund nennt sie unter anderem die konfessionelle Aufspaltung des Libanon. Das Taif-Abkommen, mit dem der Bürgerkrieg (1975–1990) beendet wurde, teilte die politische und ökonomische Macht unter den Muslimen und Christen auf. Sunniten stellen den Ministerpräsidenten, Schiiten den Parlamentssprecher, die Christen den Präsidenten. Ökonomie und Politik funktionierten »nicht nach dem Prinzip eines Nationalstaates, sondern nach konfessioneller Zugehörigkeit«, bemängelt Saadeh. Ein Beispiel dafür lieferten zum Jahresende Präsident Michel Aoun und Parlamentssprecher Nabih Berri. Aoun hatte 200 Offiziere befördert, die meisten von ihnen Christen, die in den 1980er Jahren gedient

hatten, als Aoun Oberkommandierender der Streitkräfte war. Berri protestierte, nun hat Ministerpräsident Hariri angeboten, zu vermitteln.

Ansonsten herrscht »zwischen den Jahren« in Beirut aufgeräumte Stimmung. Die Sicherheitslage sei gut, versichert der libanesische Geheimdienstchef Generalmajor Abbas Ibrahim. Ministerpräsident Saad Hariri ist nach seinem erzwungenen Aufenthalt in der saudischen Hauptstadt Riad zurückgekehrt und hat die Geschäfte wiederaufgenommen. Die Zahl der syrischen Flüchtlinge ist erstmals unter eine Million gesunken, heißt es im Büro des UNHCR, und das Außenministerium meldet, dass alle vier offiziellen Grenzübergänge zwischen Libanon und Syrien wieder geöffnet seien. Das bestimmende Ereignis in der ersten Jahreshälfte 2018 werden die Parlamentswahlen im Mai sein. Es sind die ersten seit neun Jahren